

Samuel Matthias Wunderlich

Die Digitalisierung der Hauptversammlung



Nomos

Schriften zum Gesellschafts-,
Bank- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Gregor Bachmann, Humboldt Universität zu Berlin

Prof. Dr. Matthias Casper, Universität Münster

Prof. Dr. Carsten Schäfer, Universität Mannheim

Prof. Dr. Rüdiger Veil, LMU München

Band 90

Samuel Matthias Wunderlich

Die Digitalisierung der Hauptversammlung



Nomos

The book processing charge was funded by the Baden-Württemberg Ministry of Science, Research and Arts in the funding programme Open Access Publishing and the University of Freiburg.

Dekan: Prof. Dr. Katharina von Koppenfels-Spies
Erstgutachter: Prof. Dr. Hanno Merkt, LL. M. (Univ. of Chicago)
Zweitgutachter: Prof. Dr. Jan Lieder, LL.M. (Harvard)
Tag der mündlichen Prüfung: 02.02.2022

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Diss., Freiburg, Univ., 2022

1. Auflage 2022

© Samuel Matthias Wunderlich

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 7530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 7530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-8941-2
ISBN (ePDF): 978-3-7489-3218-5

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748932185>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau im Wintersemester 2021/2022 als Dissertation angenommen. Gesetzgebung, Literatur und Rechtsprechung konnten noch bis Februar 2022 berücksichtigt werden.

Meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Hanno Merkt, LL. M. (Univ. of Chicago), gebührt großer Dank für die Betreuung der Arbeit sowie das Gewähren wissenschaftlicher Freiheit bei ihrer Erstellung. Dankbar bin ich ihm darüber hinaus dafür, dass ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht, Abt. II, arbeiten durfte. Die Zeit am Institut werde ich sowohl wegen der überaus vertrauensvollen Zusammenarbeit in spannenden Arbeitsbereichen als auch wegen meiner Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen stets in bester Erinnerung behalten. Für die zeitnahe Erstellung des Zweitgutachtens sowie wertvolle Anregungen danke ich Herrn Professor Dr. Lieder, LL. M. (Harvard).

Im Verlauf der Entstehung hat mich eine Vielzahl von Menschen unterstützt, welchen allen Dank gebührt. Namentlich genannt seien Frau Johanna Schmitt, Frau Lisa und Herr Maximilian Caspar, Frau Anna Mundt, Frau Gesa Vorschütz, Herr Konstantin Bosbach, Herr Leonid Guggenberger, Herr Dr. Fabian Kehrer sowie Herr Paul Fischer. Mein besonderer Dank gilt hier Herrn Dr. Raphael Hilser und Herrn Philipp Schneider für die akribische Durchsicht des Manuskripts, kritische Anmerkungen und bereichernde Diskussionen.

Zu Dank verpflichtet bin ich zudem der Konrad-Adenauer-Stiftung, welche mich nicht nur über mein gesamtes Studium hinweg, sondern auch während meiner Promotion mit Stipendien gefördert und damit so manche Entfaltung erst ermöglicht hat.

Ebenso gilt mein Dank dem Konsortium Baden-Württemberg für die gewährte Förderung der Open Access-Publikation sowie den Herausgebern Herrn Professor Dr. Gregor Bachmann, LL.M. (Michigan), Professor Dr. Matthias Casper, Professor Dr. Carsten Schäfer und Professor Dr. Rüdiger Veil für die Aufnahme meiner Arbeit in ihre Schriftenreihe.

Vorwort

Schließlich gilt mein größter Dank meiner Familie für ihre uneingeschränkte und vorbehaltlose Unterstützung über meinen gesamten Lebensweg hinweg. Ihr ist diese Arbeit gewidmet.

Freiburg im Breisgau, im Februar 2022

Samuel Matthias Wunderlich

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	23
A) Einführung und Forschungsanlass	23
B) Terminologie	25
C) Gang der Untersuchung	26
D) Ziel der Untersuchung	26
Erster Teil: <i>Status quo ante</i> COVID-GesRG	27
A) Funktion, Stellung und Bedeutung der Hauptversammlung	27
B) Bisheriger Stand der Digitalisierung der Hauptversammlung	43
C) Ergebnis des ersten Teils: <i>Status quo ante</i> COVID-GesRG	59
Zweiter Teil: Hauptversammlungen unter dem COVID-GesRG	60
A) Anwendungsbereich, Kompetenzen und Hauptversammlungsgestaltung	61
B) Die Vorstandsentscheidung über das Versammlungsformat	208
C) Anfechtungsausschluss gem. § 1 Abs. 7 COVID-GesRG	213
D) Besondere Risiken der Hauptversammlung unter dem COVID-GesRG	220
E) Umsetzung des COVID-GesRG in der Hauptversammlungssaison 2020	224
F) Folgen für Funktion, Stellung und Bedeutung der Hauptversammlung	235
G) Ergebnis des zweiten Teils: Hauptversammlungen unter dem COVID-GesRG	245

Dritter Teil: Die Hauptversammlung der Zukunft	248
A) Mehrwert und Risiken der Hauptversammlungsdigitalisierung	249
B) Prämissen der Weiterentwicklung unter Beachtung der Lehren aus der COVID-19-Hauptversammlung	264
C) Die Zukunft der Hauptversammlung – Szenarien und Diskussion	265
D) Gesellschaftsinterne Kompetenz für die Wahl des Versammlungsmodus	300
E) Beschlussmängelrecht	304
F) Minderheitenschutz	308
G) Folgen für Funktion, Stellung und Bedeutung der Hauptversammlung	310
H) Ergebnis des dritten Teils: Die Hauptversammlung der Zukunft	324
I) Vorschlag <i>de lege ferenda</i>	327
Vierter Teil: Schlussbetrachtung, Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen und Ausblick	330
A) Schlussbetrachtung	330
B) Zusammenfassung in Thesen	331
C) Ausblick – Referentenentwurf eines Gesetzes zur Einführung virtueller Hauptversammlungen	334
Literaturverzeichnis	345

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	23
A) Einführung und Forschungsanlass	23
B) Terminologie	25
C) Gang der Untersuchung	26
D) Ziel der Untersuchung	26
Erster Teil: <i>Status quo ante</i> COVID-GesRG	27
A) Funktion, Stellung und Bedeutung der Hauptversammlung	27
I) Die Funktionen der Hauptversammlung	27
1) Die Hauptversammlung als Willensbildungsorgan	28
2) Die Hauptversammlung als Vertretungsorgan	29
3) Die Hauptversammlung als Marketing-Instrument	30
II) Zuständigkeiten der Hauptversammlung	31
1) Gesetzliche Zuständigkeiten	31
2) Satzungsmäßige und ungeschriebene Zuständigkeiten	31
III) Stellung der Hauptversammlung im Organgefüge	32
IV) Tatsächliche Bedeutung der Hauptversammlung	33
1) Kapitalpräsenz	33
2) Immobilität	37
3) Zweckfortfall	38
4) Zwischenfazit	39
V) Die Stellung der Aktionäre und ihre Rechte	40
VI) Zwischenfazit	42
B) Bisheriger Stand der Digitalisierung der Hauptversammlung	43
I) Gesetzlich eingeräumte Digitalisierungsmöglichkeiten	43
1) Online-Hauptversammlung gem. § 118 Abs. 1 S. 2 AktG	43
a) Satzungsdispositivität des Präsenzrechts	45

b) Selektive Rechtsgewährung und Einschränkungen auf Rechtsfolgenrechte	47
aa) Zwingendes Recht auf Onlineabgabe eines Widerspruchs	50
bb) Anfechtungsbefugnis ohne Widerspruch	50
cc) Dispositivität des Rechts auf Onlineabgabe eines Widerspruchs	51
dd) Stellungnahme	52
c) Zwischenfazit	53
2) (Elektronische) Briefwahl gem. § 118 Abs. 2 S. 1 AktG	53
3) Versammlungsübertragung in Bild und Ton	55
4) Fernteilnahme von Aufsichtsratsmitgliedern	55
II) Tatsächliche Nutzung der Möglichkeiten in der Praxis	56
III) Zwischenfazit	59
C) Ergebnis des ersten Teils: <i>Status quo ante</i> COVID-GesRG	59
Zweiter Teil: Hauptversammlungen unter dem COVID-GesRG	60
A) Anwendungsbereich, Kompetenzen und Hauptversammlungsgestaltung	61
I) Anwendungsbereich	61
1) Ordentliche und außerordentliche Hauptversammlungen	62
2) Anwendbarkeit auf bereits einberufene Hauptversammlungen	62
3) Tatsächliches Infektionsrisiko als zusätzliche Anwendungsvoraussetzung?	64
4) Zeitlicher Anwendungsbereich	65
a) Verlängerungsverordnung	65
aa) Rechtmäßigkeit der Verordnung	67
bb) Materiellrechtliche Modifikationen durch die Verordnung	69
b) Erste Verlängerung und inhaltliche Anpassung durch den Gesetzgeber	71
c) Zweite Verlängerung durch den Gesetzgeber	71
d) Zwischenfazit	72
II) Kompetenzen	73
1) Entscheidungskompetenz des Vorstands	73
a) Analoge Anwendung von § 121 Abs. 2 S. 1 AktG	75

b) Zustimmungspflicht der überstimmten Vorstandsmitglieder	75
c) Beibehaltung des Einstimmigkeitserfordernisses	76
d) Entscheid	76
2) Zustimmungskompetenz des Aufsichtsrates	78
a) Mehrheitserfordernis und Delegation auf Ausschüsse	79
b) Präsenzlose Beschlussfassung	80
c) Durchsetzungsmacht kraft Vetorechts	82
3) Zwischenfazit	83
III) Fristveränderungen	83
IV) Online-Teilnahme	84
1) Satzungsbestimmungen als Grenzen der Definitionsfreiheit	85
a) Umfassende Vorstandsermächtigung in der Satzung	85
b) Erweiterung einer in der Satzung vorgesehenen Online-Teilnahme	85
c) Online-Teilnahme ohne Satzungsklausel	86
d) Beschränkung einer in der Satzung definierten Online-Teilnahme	88
2) Sonstige Aktionärsrechte als Grenzen der Definitionsfreiheit	89
a) Präsenzrecht	89
b) Recht auf Gleichbehandlung und Anfechtungsrecht	90
3) Zwischenfazit	90
V) Briefwahl	91
1) Erstreckung auf verschiedene Arten der Briefwahl	91
2) Verhältnis zu Satzungsbestimmungen	92
3) Zwischenfazit	94
VI) Versammlungsübertragung in Bild und Ton	94
1) Umfassende Vorstandskompetenz in Satzung oder Geschäftsordnung	94
2) Beschränkte oder fehlende Vorstandskompetenz in Satzung oder Geschäftsordnung	95
3) Beschränkungen gegenüber dem Satzung- oder Geschäftsordnungsinhalt	96
4) Zwischenfazit	96
VII) Fernteilnahme von Aufsichtsratsmitgliedern	97

VIII) Die virtuelle Hauptversammlung nach dem COVID-GesRG	98
1) Mindestvoraussetzungen des COVID-GesRG e.F.	98
a) Bild- und Tonübertragung	99
aa) Erforderlichkeit einer Zwei-Wege-Verbindung	100
bb) Übertragungsempfänger	102
cc) Inhalt und Umfang der Übertragung	104
(1) Verfassungsrechtliche Grenzen der Versammlungsübertragung	107
(2) Datenschutzrechtliche Grenzen der Versammlungsübertragung	109
(3) Zwischenfazit	112
dd) Übertragungsmedien	113
ee) Ausnahme für börsenferne Aktiengesellschaften	114
ff) Störungsfreiheit der Übertragung	114
gg) Ermächtigungsgrundlage	115
hh) Zwischenfazit	117
b) Gewährleistung der Stimmrechtsausübung	117
aa) Form der Stimmabgabe	118
(1) Elektronische Briefwahl	119
(2) Online-Teilnahme	120
(3) Vollmachtserteilung	121
(4) Zwischenfazit	124
bb) Zeitlicher Rahmen der Stimmabgabe	124
cc) Ermächtigungsgrundlage	126
dd) Zwischenfazit	127
c) Fragemöglichkeit gem. § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 COVID-GesRG e.F.	127
aa) Fragenübermittlung im Wege der elektronischen Kommunikation	128
bb) Zeitliche Beschränkung der Fragemöglichkeit	132
cc) Fragenbeantwortung mittels Website?	135
(1) Dispens von der Sieben-Tages-Frist des § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 7 AktG	135
(2) Fortgeltung von § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 7 AktG	136
(3) Stellungnahme	137
dd) Das Recht auf Antwort	139
(1) Nichtbeantwortung „nach pflichtgemäßem, freiem Ermessen“?	141
(a) Determination durch das Europarecht	144

(b) Determination durch das Grundgesetz	151
(c) Justiziabilität der Vorstandsentscheidung	154
(d) Zwischenfazit	156
(2) Priorisierung der zu beantwortenden Fragen	157
(a) Priorisierung nach Stimmanteilen	158
(b) Auswahl „sinnvoller“ Fragen	159
(c) Bevorzugung von Aktionärsvereinigungen	160
(3) Zwischenfazit	161
ee) Das „Wie“ der Beantwortung	162
ff) Aufsichtsratsbeteiligung	163
gg) Auskunftserzwingungsverfahren	165
hh) Ermächtigungsgrundlage	166
ii) Zwischenfazit	166
d) Widerspruchsmöglichkeit	168
e) Zwischenfazit	170
2) Mindestvoraussetzungen des COVID-GesRG n.F.	170
a) Fragerecht gem. § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 COVID-GesRG n.F.	171
b) Antragsrecht	173
c) Zwischenfazit	175
3) Ausgewählte Aktionärsrechte unter Geltung des COVID-GesRG	175
a) Teilnahmerecht	175
b) Präsenzrecht	177
aa) Kein rechtswidriger Ausschluss technisch unversierter Aktionäre	178
bb) Privilegierung Einzelner bei der Präsenzrechtszuteilung	180
c) Kommunikationsrechte	183
d) Antrags- und Wahlvorschlagsrecht	185
aa) Versammlungsvorfeld	186
bb) Behandlung in der Versammlung	186
(1) Determination durch Art. 6 Abs. 1 lit. b ARRL	187
(2) Vorgaben durch Art. 14 Abs. 1 GG	188
(3) Anwendung auf die virtuelle Hauptversammlung nach dem COVID- GesRG e.F.	190

e) Ergänzungsverlangen gem. § 122 Abs. 2 AktG	193
f) Einberufungsrecht	194
g) Recht auf Einsicht in das Teilnehmerverzeichnis	195
h) Zwischenfazit	196
4) Ort der virtuellen Hauptversammlung	197
5) Teilnahme- und Präsenzpflicht anderer Akteure	199
6) Kompetenzen der virtuellen Hauptversammlung	202
7) Abkehr von den Prinzipien der versammlungsgebundenen Aktionärsrechte und der Unteilbarkeit der Mitgliedschaft?	204
8) Zwischenfazit	205
IX) Fazit zu „Anwendungsbereich, Kompetenzen und Hauptversammlungsgestaltung“	207
B) Die Vorstandsentscheidung über das Versammlungsformat	208
I) Ermessensfehler	210
II) Rechtsfolgen	212
C) Anfechtungsausschluss gem. § 1 Abs. 7 COVID-GesRG	213
I) Inhalt und Reichweite des Anfechtungsausschlusses	215
II) Verfassungskonforme Reduktion	217
D) Besondere Risiken der Hauptversammlung unter dem COVID- GesRG	220
I) Beschlussanfechtbarkeit	220
II) Beschlussnichtigkeit	222
III) Sonstige Risiken	223
E) Umsetzung des COVID-GesRG in der Hauptversammlungssaison 2020	224
I) Versammlungsformat und Terminierung	224
II) Umgang mit Aktionärsrechten	226
1) Online-Teilnahme, Versammlungsübertragung und sonstige Kommunikation	226
2) Stimmrechtsausübung	227
3) Aktionärsfragen	228
4) Widerspruchsmöglichkeit	230
5) Anträge, Wahlvorschläge und Ergänzungsverlangen	230
III) Partizipation und sonstiges Verhalten des Aktionariats	231
IV) Kompetenzverständnis	232
V) Sonstige Bilanz des virtuellen Formats	232
VI) Zwischenfazit	234

F) Folgen für Funktion, Stellung und Bedeutung der Hauptversammlung	235
I) Folgen für die Funktionen der Hauptversammlung	236
1) Die Hauptversammlung als Willensbildungsorgan	236
2) Die Hauptversammlung als Marketing-Instrument	238
II) Folgen für die Stellung der Hauptversammlung im Organgefüge	239
III) Folgen für die Bedeutung der Hauptversammlung	242
1) Kapitalpräsenz und Legitimation	242
2) Immobilität	242
3) Zweckfortfall	243
IV) Zwischenfazit	244
G) Ergebnis des zweiten Teils: Hauptversammlungen unter dem COVID-GesRG	245
 Dritter Teil: Die Hauptversammlung der Zukunft	 248
A) Mehrwert und Risiken der Hauptversammlungsdigitalisierung	249
I) Zu erwartender Mehrwert	249
1) Ökonomische Erwägungen	249
a) Gesellschaftsseitige Kostenvorteile	250
b) Aktionärsseitige ökonomische Vorteile	251
2) Ökologische Erwägungen	252
3) Beteiligungshürden, Kapitalpräsenz und aktive Investorenbeteiligung	252
4) Organisationsaufwand und Vorbereitungszeit	254
5) Aktienmarketing und Aktionärskommunikation	255
6) Informationsqualitätssteigerung	257
II) Drohende Nachteile	257
1) Technische Risiken	257
2) Rechtsrisiken	260
3) Belastungs- und Missbrauchspotential	260
4) Kommunikationsdefizite	262
III) Zwischenfazit	263
B) Prämissen der Weiterentwicklung unter Beachtung der Lehren aus der COVID-19-Hauptversammlung	264
C) Die Zukunft der Hauptversammlung – Szenarien und Diskussion	265
I) Tele- oder Satellitenhauptversammlung	266

II) Beschränkung des Präsenzrechts auf Großaktionäre	268
1) Rechtsrahmen	269
2) Überwiegende Vorteilhaftigkeit	270
3) Zwischenfazit	272
III) Dauerhafte Ermöglichung der virtuellen Hauptversammlung	272
1) Rechtsrahmen	273
2) Kommunikationsrechte	274
3) Weitere Aktionärsrechte	277
4) Überwiegende Vorteilhaftigkeit	279
5) Differenzierung nach spezifischen Merkmalen der Gesellschaften	280
6) Versammlungsort und Präsenzerfordernisse – keine Cyber-Hauptversammlung	281
7) Zwischenfazit	283
IV) Lösung der Hauptversammlung von Ort und Zeit – Die Hauptversammlung als Prozess	283
1) Rechtsrahmen	286
2) Ausgestaltung im Einzelnen	287
a) Eröffnung eines Universalforums	287
b) Sichtbarkeit und Koalitionsbildung	289
c) Zeitliche Strukturierung und Fristen	291
d) Einschränkungen der Aktionärsrechte	293
e) Ort der Prozess-Hauptversammlung, Beurkundung und Restpräsenz	293
3) Überwiegende Vorteilhaftigkeit	294
4) Kompetenzen der Prozess-Hauptversammlung	296
5) Differenzierung nach spezifischen Merkmalen der Gesellschaften	298
6) Zwischenfazit	299
V) Fazit - Zukunftsmodelle	299
D) Gesellschaftsinterne Kompetenz für die Wahl des Versammlungsmodus	300
I) Vorstandskompetenz	300
II) Aktionärskompetenz	302
E) Beschlussmängelrecht	304
I) Keine Fortschreibung des Beschlussmängelrechts nach § 1 Abs. 7 COVID-GesRG	304

II) Beschränkung des Anfechtungsrechts bei technischen Störungen	305
III) Ausnahme bei Gefährdung der kollektiven Willensbildung	306
IV) Anfechtungsbefugnis	307
F) Minderheitenschutz	308
I) Europa- oder verfassungsrechtliches Erfordernis?	308
II) Bedarf im Übrigen	309
III) Zwischenfazit	310
G) Folgen für Funktion, Stellung und Bedeutung der Hauptversammlung	310
I) Folgen für die Funktionen der Hauptversammlung	311
1) Die Hauptversammlung als Willensbildungsorgan	311
2) Die Hauptversammlung als Marketing-Instrument	313
II) Folgen für die Stellung der Hauptversammlung im Organgefüge	314
1) Zu erwartender Stellungswandel	315
2) Erfordernis legislatorischer Nachjustierung?	317
III) Folgen für die Bedeutung der Hauptversammlung	320
1) Kapitalpräsenz und Legitimation	320
2) Immobilität	321
3) Zweckfortfall?	322
IV) Zwischenfazit	323
H) Ergebnis des dritten Teils: Die Hauptversammlung der Zukunft	324
I) Vorschlag <i>de lege ferenda</i>	327
Vierter Teil: Schlussbetrachtung, Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen und Ausblick	330
A) Schlussbetrachtung	330
B) Zusammenfassung in Thesen	331
C) Ausblick – Referentenentwurf eines Gesetzes zur Einführung virtueller Hauptversammlungen	334
I) Das Konzept der Mindestvoraussetzungen	335
II) Kommunikationsrechte	336
III) Antragsrecht	337
IV) Ort der virtuellen Hauptversammlung und Zugang	338
V) Kompetenzen der virtuellen Hauptversammlung	340

Inhaltsverzeichnis

VI) Anwendungsbereich und gesellschaftsinterne Kompetenzverteilung	341
VII) Beschlussmängelrecht	342
VIII) Keine Prozesshauptversammlung	342
IX) Fazit	343
Literaturverzeichnis	345

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
arg.	argumentum
AR	Der Aufsichtsrat
ARRL	Aktionärsrechterichtlinie (Richtlinie 2007/36/EG)
Art.	Artikel
ARUG	Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie
BAnz	Bundesanzeiger
BB	Betriebs-Berater
Begr.	Begründung
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMJV	Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzgl.	bezüglich
COVID-ÄnderungsG	Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Anpassung pandemiebedingter Vorschriften im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungsrecht sowie im Miet- und Pachtrecht
COVID-GesRG	Gesetz über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie
COVID-MaßnG	Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht

Abkürzungsverzeichnis

COVID-19-GesV	Verordnung der Bundesministerin für Justiz zur näheren Regelung der Durchführung von gesellschaftsrechtlichen Versammlungen ohne physische Anwesenheit der Teilnehmer und von Beschlussfassungen auf andere Weise (Österreich)
CR	Computer und Recht
DAX	Deutscher Aktienindex
DB	Der Betrieb
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
dens.	denselben
ders.	derselbe
DIRUG	Gesetz zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie
dies.	dieselben
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRsp	Deutsche Rechtsprechung
DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
ebd.	ebenda
EBOR	European Business Organization Law Review
ECFR	European Company and Financial Law Review
e.F.	erste Fassung
ehem.	ehemalig
ErwGr.	Erwägungsgrund
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EuGH	Europäischer Gerichtshof
Fn.	Fußnote
gem.	gemäß
GES	Zeitschrift für Gesellschaftsrecht und angrenzendes Steuerrecht
GesRGenRCOVMVV	Verordnung zur Verlängerung von Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

GesRZ	Zeitschrift für Gesellschafts- und Unternehmensrecht
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
Hervorh. d. Verf.	Hervorhebung des Verfassers
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende(n) Meinung
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
HV	Hauptversammlung
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
JBL	Juristische Blätter
jurisPR-HaGesR	juris PraxisReport Handels- und Gesellschaftsrecht
lit.	littera (= Buchstabe)
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins
MMR	Multimedia und Recht
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
notar	Monatsschrift für die gesamte notarielle Praxis
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
npoR	Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWB	NWB Steuer- und Wirtschaftsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OLG	Oberlandesgericht
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer

Abkürzungsverzeichnis

RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
S.	Satz
S.	Seite
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
u.	und
UmwG	Umwandlungsgesetz
v.	von/vom
Var.	Variante
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
wbl	Wirtschaftsrechtliche Blätter
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz
WStBG	Wirtschaftsstabilisierungsbeschleunigungsgesetz
ZCG	Zeitschrift für Corporate Governance
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht